

Studien zur _____

Philosophie & Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis

Horst Müller

Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation

Zur Grundlegung einer konsequenten
Politik des Sozialen
und gesellschaftlicher Emanzipation

Bibliographischer Hinweis

Das Portal der *Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft* (IPkW) verzeichnet diese Publikation als wissenschaftliche Literatur zum freien Zugang. Nürnberg, im Juli 2019. Open access unter https://www.praxisphilosophie.de/infrastrukturen_kapitaltransfersteuer_und_systemtransformation.pdf

Ein Abstract bzw. eine Zusammenfassung findet sich am Ende des Beitrags

Hinweis zum Ausdruck

Beiträge zur PRAXIS-Diskussion sind im .pdf Format als Broschüre formatiert.

Drucker auf „Broschüre“, „Beide Seiten“, „Bindung links“ einstellen.

Einfacher Ausdruck mit „Hochformat“, „Größe anpassen“, „2 Seiten pro Blatt“.

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945, Sozialphilosoph und Sozialinformatiker. Redakteur des Portals praxisphilosophie.de. Arbeitsschwerpunkte: Konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Stadt- und Sozialforschung, gesellschaftliche Transformation.

<https://www.praxisphilosophie.de>

dr.horst.mueller@t-online.de

Horst Müller

Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation.

Zur Grundlegung einer konsequenten Politik des Sozialen
und gesellschaftlicher Emanzipation¹

Vorbemerkungen

Die Grundfrage bei allen Vorschlägen für einen konsequenten gesellschaftlichen Wandel lautet, ob und wie denn die Maßnahmen und Konzepte über nur kurative, reformerische oder innovative Initiativen und Auseinandersetzungen hinausführen und zu dem erhofften neuen Ufer führen.

Überblickt man die kritischen und um Alternativen ringenden Ansätze, so wird man bei aller Rührigkeit feststellen müssen, dass der Problemknoten nicht gelöst ist: Grüner Kapitalismus ist offenkundig eine Illusion, und den weiter drängenden Postwachstumsbewegungen mangelt es an politisch-ökonomischer Fundierung. Die Experten auf letzterem Gebiet verbohren sich derweil vor allem in negatorische Kritik, und die mit Blick auf historische Vorläufer (Polanyi 1997) so oder so anvisierte „Transformation“ ist noch ohne wirklich konkreten Zielinhalt.

Ich kann hier nicht ausführen, inwiefern dahinter Fragen einer Krise und notwendigen Erneuerung des Marxismus stehen, die seit gut einhundert Jahren anhängig, nicht wirklich beantwortet und so auch für immer neue Niederlagen der gesellschaftlichen Linken mitverantwortlich sind. Der Stand der Dinge ist jedenfalls so, dass ohne eine grundlegende Neuordnung des theoretischen Feldes und eine „exakte und schöpferische Fortentwicklung“ (Bloch 1978: 196) des Marxismus- und Praxisdenkens kein wirkliches Fortkommen mehr möglich ist.

Als grundlegenden Baustein in diesem Zusammenhang sehe ich die theoriegeschichtlich nicht geleistete Entwicklung des dialektischen Praxisdenkens auf dem Wege seiner Entfaltung als überlegene Konstitutions-, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie gesellschaftlicher Wirklichkeit.² Was

¹ Die ursprüngliche Fassung dieses Artikels trägt den Titel: Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (2018), S. 53-70.

² Dazu erscheint noch in diesem Jahr „Praxisphilosophen auf dem Streitfeld der politischen Philosophie und die nötige konstitutionstheoretische Fortentwicklung

die Problematik der politischen Ökonomie angeht, wurde im Grundlagenwerk zum „Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert“ bereits gezeigt, dass der horrende Fehler marxistischer politischer Ökonomie darin besteht, den formationell wesentlichen Wandel vom Industriekapitalismus zum Sozialkapitalismus des 20. Jahrhunderts verfehlt zu haben. Der nachfolgende Text identifiziert die tendenzielle Entwicklung der gesellschaftlichen Infrastrukturen als maßgebliches Element dieser Systemveränderung und setzt daran mit der entwickelten dialektischen Form- und Praxisanalytik an.

Der Kernpunkt liegt hier in der Identifizierung dessen, was man gewöhnlich und unzureichend Infrastrukturen, Commons und auch Kollektiv- oder Gemeingüter nennt, als spezifische, zur Warenform komplementäre ökonomische Form, sodann in einer relativ umfassenden, systematischen Registeratur der Felder entsprechender „sozialwirtschaftlicher Dienste“. Die Konsequenzen im Hinblick auf den Wertehaushalt der gesellschaftlichen Reproduktion und das ganze noch kapitalwirtschaftlich ausgerichtete Steuersystem sind erheblich. Ferner ergibt sich eine politisch-ökonomische Begründung für die konstitutive Rolle des Nationalen, dessen vielfache Verkennung verheerende Auswirkungen für die Positionierung der gesellschaftlichen Linken hat.

Ein vorliegender dritter Artikel führt die Gedanken weiter fort ins Konkrete einer alternativen „sozioökonomischen“ Konfiguration und sozusagen „zivilisierten“ Wirtschaftsverfassung (Müller 2019c). Jedenfalls sollte sich auf diesem Wege eine Politik des Sozialen und einer politisch-ökonomisch basierten gesellschaftlichen Emanzipation abzeichnen, die in einem weit-sichtigen gesellschaftlich-geschichtlichen Entwurf und Zusammenhang steht.

1. Die sozialwirtschaftlichen Dienste und der Sozialkapitalismus

1.1 Zur ökonomischen Form der gesellschaftlichen Infrastrukturen

Ich knüpfe an den Grundgedanken einer Sozialpolitik an, die das Fundament des Sozialen in einer „Sozialen Infrastruktur“ erkennt und auf deren Entfaltung orientiert (Hirsch 2013; Mattert 2017). Was ist darunter aber genauer zu verstehen und wie wäre die letztlich nötige massive Investition auf dem gesamten Feld solcher in solche „Infrastrukturen“ zu finanzieren? Ein Rückgriff auf werttheoretisch unfundierte keynesianische Konzepte ist

am Ende kein Schritt nach vorne. Oder soll die heute bereits hoch riskante Staatsverschuldung noch weiter getrieben werden?

In jüngerer Zeit ist ein Werk erschienen (van Laak 2018), das sich vor allem auf die enorme Bedeutung der „materiellen“ Infrastrukturen des Verkehrs, der Kommunikation und der Ver- und Entsorgung konzentriert. In der Beispielführung wird immer wieder auch die sonstige soziale Infrastruktur angesprochen. Das Ganze verweist mehr auf Ambivalenzen als die hier im Folgenden gezogenen Konsequenzen:

Die weiter führende Perspektive liegt in einer eingehenden politisch-ökonomischen Analytik zur Rolle der gesellschaftlichen Infrastrukturen, die theoriegeschichtlich vorbereitet ist. So verweist beispielsweise O' Connor (1974: 125 ff.) auf „das Anwachsen der Investitionen in konstantes Sozialkapital“ und entsprechende Finanzprobleme des Staates. Die Konsequenz von alldem sehe ich so:

Die materiellen, sozialen und informatischen, ökologischen, auch administrativen und überhaupt „gesellschaftlichen“ Infrastrukturen stellen eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion andere, komplementäre „ökonomische Form“ (Marx) dar. Sie sind insofern nicht einfach beispielhaft, etwa dinglich oder im Hinblick auf einen unmittelbaren Subjekt- oder Sorgebezug fassbar. Und ihre Instituierung als solche ist schließlich und wesentlich eine Frage gesellschaftlicher Entscheidungen und nicht bereits durch Erscheinungsformen vorgegeben.

Der von mir eingeführte Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ bezieht sich auf einen umfassenden Begriff jener Infrastrukturen als eigene ökonomische Formbildung. So gesehen oder aus der Perspektiver der „Infrastruktur-Gesellschaft“ (van Laak: 278) ist es also heute nur die halbe Wahrheit, dass „der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, als „eine ungeheure Warensammlung“ erscheint (MEW 23: 49). Ebenso erweist sich der frühere Versuch, den Wandel als einen in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft zu verstehen, als eine Ablenkung vom eigentlichen Kerngeschehen.³

Die Praxis jener Dienste bildet vielmehr die Grundlage oder das zivilisatorische Gehäuse der modernen Gesellschaftlichkeit und ihrer ganzen sonstigen Ökonomie. Man kann also nicht mehr einfach vom klassischen industriekapitalistischen Reproduktionsszenario ausgehen, das zu Marx' Zeit angemessen war. Mit der jetzt doppelt dimensionierten Reproduktionsstruktur geht auch unabdingbar die zentrale, vermittelnde Rolle des mo-

³ Ebenso mag es sich mit den Ansätzen verhalten, welche jetzt auf die Digitalisierung usw. fokussieren. Das bleibt noch genauer und weiter zu untersuchen.

dernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats einher. Das alles stellt im Grunde ein höheres Niveau realer Vergesellschaftung dar:

Es bietet sich das Bild einer „dreigliedrigen“ Reproduktionsformierung als elementare Konfiguration moderner Wirtschaftsgesellschaften. Deren Staatlichkeit hat sich als durchdringende, föderale und subsidiäre Strukturierung von den höchsten Institutionen bis auf die Ebene der kommunal verfassten und sozusagen regierten urbanen Praxis ausgefaltet. Der „lokale Staat“ (Hentschel 2017) bildet so auch die Basis und den Raum für die Entfaltung des individuellen, zivilen und eines möglichen demokratischen Lebens vor Ort, oder auch einer kulturellen Umwälzung des „Alltagslebens in der modernen Welt“ (Lefebvre): Es würde den Vertretern eines entschleunigten „guten“ Lebens weiter helfen, dazu doch noch einmal im Bücherschrank zu stöbern.

1.2 Der Sozialkapitalismus und die formationelle Widersprüchlichkeit

Die angezeigte Neuordnung der Verhältnisse hat sich erst im Fortgang des 20. Jahrhunderts eingestellt. Marx konnte davon nichts wissen, hat aber gleichwohl, aufgrund des intrinsischen, unabschaltbaren Verwertungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwangs der Kapitalwirtschaft, die letztendliche Herausbildung des Weltmarkts und die desaströsen ökologischen Konsequenzen grundsätzlich antizipiert. Worin besteht aber der Formwandel im historischen Raum nach dem Industriekapitalismus und bis zur heutigen Weltökonomie?

Die Theorien eines sozial- oder wohlfahrtsstaatlichen „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2015) oder einer fordistischen Periode sowie eines Monopol-, Spät- oder neoliberalen Finanzkapitalismus bilden jene dreigliedrige, nationalökonomisch grundierte Formierung moderner Industrie- und Infrastrukturgesellschaften nicht ab. Wie diese mit den Verhältnissen des „Weltmarkts“ (MEW 42: 95) oder kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein 2002: 17) verbunden sind und was sich in dieser Dimension abspielt, wirft wiederum weiter gehende Fragen auf.

Ich habe für die elementare Formierung moderner Wirtschaftsgesellschaften den Begriff „Sozialkapitalismus“ gewählt und eigens spezifiziert: 150 Jahre nach und ganz im Sinne von Marx muss sachlich und politisch davon ausgegangen werden, dass die in der kapitalistischen Wachstums- und „Ungleichheitsspirale“ (Piketty 2014: 627; vgl. MEW 42: 520) entwickelten Produktiv- und Formierungskräfte im 21. Jahrhundert ausreichen, um eine sozial-ökonomische Politik-Alternative ins Feld zu führen.

Um diese Ansicht zu präzisieren, kann an ein heutzutage zumeist unterschlagenes, aber einschlagendes Statement erinnert werden: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus Nichts entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern innerhalb und gegensätzlich (Hervorhebung - H. M.) gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse (MEW 42: 203).

Ein praxisanalytischer Begriff für diese reale Anlage eines Neuen ist „Latenz“ (Müller 2018b), und diese mehrdimensionale Konfiguration gesellschaftlicher Praxis und Wirklichkeit ist nur auf der Grundlage des dialektischen Praxisdenkens wirklich begreifbar. Wir haben also mit einer zwei- oder mehrdimensionalen, „widersprüchlichen“ Realität zu tun, indem sich „im Schoße“ des Gegebenen bereits eine Alterität oder Alternative kristallisiert.⁴ Konsequenterweise muss jetzt auch von einer nicht nur klassenbezogenen, sondern „formationellen“ Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Praxis ausgegangen werden.⁵

1.3 Eine positive Perspektive in der Krisen- und Übergangsperiode

Marx hat im Hinblick auf die Herausbildung des Weltmarkts und sich innerlich bereits kristallisierende neue Verhältnisse von der Eröffnung eines gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ gesprochen, in der buchstäblich „alle“ Widersprüche der Sozialformierung akut werden (MEW 42: 154).⁶ Diese Entwicklung erlebten wir – nachdem das Sowjetreich zusammengebrochen ist und China sich reformiert und zur Weltökonomie geöffnet hat – als neoliberale Globalisierung.

Offenkundig ist die Instabilität und Chaotisierung der Weltzustände, sind die multiplen Krisenerscheinungen wie auch die allenthalben rührigen Alternativstrebungen ein Reflex der gesellschaftsgeschichtlichen Über-

⁴ „Gibt es also einen impliziten Sozialismus im Kapitalismus“ der nicht als „irreale Alternative“, sondern als darin als „integraler Faktor“ zu verstehen ist, fragt ein Kommentator ahnungsvoll (Andreas Zielcke im SZ/Feuilleton S. 13, am 9. Oktober 2018).

⁵ „Widersprüchlichkeit“ und „Perspektivität“ sind konstitutive Grundzüge der Wirklichkeit und Grundbegriffe einer dialektischen Praxisanalytik. Im eindimensionalen, liberalistischen und praktizistischen Wirtschaftsdenken liegt derartiges außerhalb der Denkbare und fehlt überhaupt die utopistische Inspiration.

⁶ Marx hat immer auf eine gesellschaftliche Alternative orientiert. Das Kapitalwerk war ein *zunächst* notwendiger Grundschritt auf diesem Weg und erhielt so den Titel „Kritik der politischen Ökonomie“. Schon darin geht es aber immer wieder schon um Fragen eines „Übergangs“ und des Wohin.

gangssituation und des darin anwesenden „foreshadowing der Zukunft“ (MEW 42: 373), eines Vorscheins des Neuen. Dieses ist anhängig, aber eben noch nicht wirklich begriffen: Der Zusammenbruch der fehlgeleiteten staatsplanwirtschaftlichen Experimente hat dieses Noch-Nicht katastrophisch zum Ausdruck gebracht.

Gerade deswegen ist aber das Bewusstsein, nicht nur auf Abgründe zuzurasen, sondern in einer mit neuen Möglichkeiten und einer andrängenden Systemalternative schwanger gehenden Übergangs- und Entscheidungszeit (Wallerstein 2002: 43 ff.) angekommen zu sein, von grundlegender Bedeutung für das gesellschaftliche Bewusstsein. Dabei handelt es sich um die Strecke einer ganzen historischen Periode. Dass dabei weiterhin ein Absturz der zivilisierten Menschheit möglich ist und real droht, verstärkt noch die Notwendigkeit der Wende. Deren entscheidender Angriffspunkt liegt allerdings im kapitalwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang, aus dem die ihm eigenen sozial- und weltklimatischen, katastrophischen Konsequenzen allererst erwachsen.

2. Eine Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik

2.1 Grundlegende Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie

Der Schwierigkeitsgrad der aufgeworfenen Fragen kann nicht verleugnet oder rücksichtsvoll übergangen werden. Es stellen sich im Grunde sogar noch viel weiter gehende, kollektiv zu bearbeitende Forschungsaufgaben, als hier angedeutet werden kann. Aber so viel scheint gut 150 Jahre nach Marx klar: Der Weg führt nicht an der Kapitaltheorie vorbei und dadurch auf das Feld unzureichend grundierter Wirtschafts- und Weltverbesserungsideen mit linkem Label.

Es ist unumgänglich, die überkommenen „Reproduktionsschemata“ zu überschreiten, das heute maßgebliche Reproduktionsszenario zu modellieren und daran mit einer Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik neu anzusetzen. Dabei bestätigen sich zunächst grundlegende Erkenntnisse der „Kritik der politischen Ökonomie“, welche die Natur des ökonomischen Werts, die ökonomischen Formbildungen und Tendenzen der Waren- und Kapitalwirtschaft sowie damit verbundene Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse betreffen.⁷

⁷ Das Ganze impliziert eine Renaissance der Marxschen Konzeption des ökonomischen Werts, seiner Formen und Gesetzlichkeiten, exakt von da aus auch eine nötige Fundamental- und Praxiskritik an den herrschenden ökonomischen Paradigmen.

Von zentralster Bedeutung fürs Ganze ist das Verwertungskalkül dieser Ökonomie. Es impliziert den unaufhebbaren, ständig neu einsetzenden Zwang und Trieb zu Rationalisierung, Akkumulation, Wachstum und Expansion, eingeschlossen ständige Produktivitätssteigerungen, die Einspannung gesellschaftlicher Arbeit ins Joch oder auch deren Ausspannung, immer neue Pressionen auf Löhne, Sozialversorgung und Renten, sowie die Vernutzung oder Zerstörung der Naturgrundlagen des Lebens.

Solche Naturgrundlagen bilden eine an sich ohne ökonomischen Wert vorausliegende und so gerne einverlebte ökologische Infrastruktur: Deren Schutz, Regenerierung oder Verbesserung ist heute als eminenten Aufgabenbereich sozialwirtschaftlicher Dienste zu fassen, der exorbitant wachsende Mittel benötigt: „Vom Markt“ werden diese sicher nicht bereit gestellt. Schließlich werden ohne die hier erforderliche Kehre überhaupt neue Verhältnisse zwischen Mensch und Natur (Schmied-Kowarzik 2018) nicht erreichbar sein.

Die realen sozial-ökologischen Auswirkungen und Kostenbelastungen durch das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe verweisen darauf, dass es sich um Systemprobleme handelt, die mit marktgängigen Mitteln und diversen Regulierungen nicht vernünftig handhabbar sind. Wollte man der Wirtschaft, beispielsweise der Automobilindustrie, ihre externalisierten Kosten unmittelbar aufbürden, so würden an Stelle der der heute deutlichen Wachstumsschwächen und der säkularen Tendenz zu schwindenden Verwertungsmöglichkeiten sofortige Zusammenbrüche treten.

Eine bloße Politik der sozial-ökologischen Konversion und irgendwie gerechten Verteilung wird auf jedem einmal erreichten Niveau wieder überholt werden durch immer neue Problem- und Krisenproduktionen einer Wirtschaftsweise, die keiner praktischen Vernunft gehorcht. Aber selbst wenn die Mehrheit das inzwischen spürt oder halbwegs begriffen hat: Nur eine erkennbare und soweit vertrauenswürdige Alternative kann aus der Malaise herausführen.

2.2 Eine neu ansetzende Wert- und Reproduktionsanalytik

Die Frage nach der Alternative verweist auf eminente Fragen des gesellschaftlichen Werthehalts und der ganzen Reproduktionsformierung. Hier führen genauere Nachfragen auf die Spur einer verhängnisvollen Fehlorientierung, die auch noch für die heutigen Wirtschaftswissenschaften und Sozialproduktrechnungen gilt: Bereits Marx war auf „Smith’s Fehler“ oder Dogma gestoßen (MEW 26.1: 69 ff.), wonach sich „der ganze Wert des gesellschaftlichen Produkts“ in Einkommen auflöst.

Diese grundfalsche Sichtweise beruht auf der Verkennung der Form und Funktion des „konstanten Kapitals“ im Wertehaushalt der Gesellschaft. „Die Kreislaufstatistiker lassen das konstante Kapital weg, weil es in der Stufenfolge der Gesamtwirtschaft verrechnet werden könnte“ (Fiehler 2000: 204). Durch diese Operation scheint sich der produzierte Gesamtwert in Einkommen aufzulösen, „sein Kapitalcharakter - erst des konstanten, dann des variablen Kapitals - ist verschwunden (Krüger 2012: 127; Müller, Eva 2005: 43, 156).

Eine durchschlagende Bedeutung gewinnt dies erst, wenn die sozialwirtschaftlichen Dienste wirtschaftsgeschichtlich eine hinlängliche Ausdehnung als komplementäre Wirtschaftsabteilung und eine vergleichbare „organische Zusammensetzung“ aufweisen, also wie die Industrie hoch gerüstet mit „konstantem Kapital“ sind: Genau das ist der sozioökonomische Befund für das Stadium der Automatisierung, schließlich Digitalisierung und den Sozialkapitalismus, in dem der Staat, ersichtlich an der „Staatsquote“ (Müller 2001), als zentrale politisch-ökonomische Vermittlungsinstanz wirkt.

Jetzt muss das „konstante Kapital“, das auf Seiten der sozialwirtschaftlichen Dienste fungiert, realwirtschaftlich in der anderen Abteilung produziert werden. Der nötige Transfer von da zur umfassenden, erheblich investiven Ausstattung des „Öffentlichen“ kann aber nur durch eine entsprechende Besteuerung zustande kommen. Ohne dieses zwingt das bestehende halbherzige, primär einkommensorientierte und chaotische Steuersystem das Gemeinwesen zu sozialer Austerität und in immer weiter gehende Verschuldung, wenn es seine genuinen Aufgaben halbwegs erfüllen will.

Um den Steuer-, Rechts- und Sozialstaat aus der Verschuldungsfalle, aus den Zwingfesseln der Kapitalwirtschaft zu befreien und die Emanzipation der öffentlichen, sozial-infrastrukturellen Dienste, das heißt eine durchschlagende „Politik des Sozialen“ zu ermöglichen, ist daher die Einführung einer Kapital(transfer)steuer unabdingbar. Dem gegenüber bleibt alle „Umverteilung“ kapitalwirtschaftlicher Erträge und Vermögen noch weitgehend auf dem Boden des Bestehenden oder ist so ohnehin illusionär, wie wachsende Ungleichheiten bezeugen.

2.3 Die Kapital(transfer)steuer im gesellschaftlichen Wertehaushalt

In bisherigen Debatten ist die Frage einer Mitbesteuerung des Kapitals als Maschinensteuer (Wagner 1984), Investitionssteuer, Wertschöpfungsabgabe (Ortner 2015) oder auch Robotersteuer angesprochen und heftig abgewehrt worden: Den ahnungsvollen Ansätzen fehlte eine stichhaltige Erklärung. Beispielsweise ist nicht klar, dass Energiesteuern eine Sonderform

von Kapitalsteuern darstellen. Hier hilft weiter, das Augenmerk einmal nicht auf die enormen, aufgetürmten oder verborgenen Folgekosten und Folgewirkungen der herrschenden Wirtschaftsweise zu richten, sondern auf deren gesellschaftliche Vorkosten und Vorausbedingungen:

Die sozialwirtschaftlichen Dienste produzieren die „allgemeinen, gemeinsamen, gesellschaftlichen“ (MEW 25: 274, 456 f.) Reproduktionsbedingungen, die Grundlagen oder das zivilisatorische Gehäuse der Gesellschaft. Sie stellen definitiv eine ökonomische Vorleistung für die Kapitalwirtschaft dar. Diese kann normalerweise nicht unmittelbar vergütet werden, wie bei Kanalgebühren oder einer Straßenmaut. Die Kapital(transfer)steuer setzt daher im Grunde nur eine gesellschaftliche Vorleistung seitens der Sozialwirtschaft in Rechnung, um deren Ausrüstung zu garantieren.

Die in den gegenwärtigen, verklausulierten Verhältnissen angelegte, eminent sozial- und wertproduktive Funktion der sozialwirtschaftlichen Dienste wird überspielt und negiert, indem sie in der kapitalwirtschaftlichen Praxisperspektive als Sozialkostenballast rangieren. Die Kapitaltransfersteuer bewirkt dagegen eine überfällige, praktische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste und stellt damit eine ganz anders gestimmte und regulierbare, endlich wertökonomisch und haushälterisch durchsichtige volkswirtschaftliche Konfiguration her.⁸

Die dagegen aufgegebenen Argumente und dumpfe Ablehnung halten keiner Prüfung stand. Den Kapitalwirten wird durch das neue Steuerkonzept nicht die Lust an der Investition vergehen: Zunächst, weil sie von sich aus immer dazu gezwungen sind oder die für sie besten Absichten hegen, und sodann, weil die Kapital(transfer)steuer als zahlungskräftige Nachfrage zu ihnen zurückkommt. Das Ganze impliziert in dieser Hinsicht eine Umwertung oder Umpreisung und mündet vor allem in eine höchst wünschenswerte Stärkung des inländisch konfigurierten Wirtschaftspotentials.

Solange der Staat allerdings die Reproduktion des konstanten Kapitals der Industriewirtschaft ungeschoren lässt, befestigt und verstärkt dieses Potential deren Übermacht: Der gegenwärtige, politisch gedeckte massenhafte Sozialbetrug und Umweltskandal der Automobilindustrie ist exemplarisch. Schließlich wandern die entsprechenden relativen Überproduktio-

⁸ Die ganz erheblichen systemischen Konsequenzen sind im „Konzept PRAXIS“ unter der Überschrift „Transformationsanalyse und Kernstruktur der Alternative“ ausgeführt (Müller 2015: 477-498). Es gilt: „Sobald das Leben eine gegebene Entwicklungsperiode überlebt hat, aus einem gegebenen Stadium in ein andres übertritt, beginnt es auch durch andre Gesetze gelenkt zu werden.“ (MEW 23: 26). Entsprechend sind in der sozialkapitalistischen Reproduktionsordnung auch neue wertgesetzliche Zusammenhänge in Kraft gesetzt.

nen der Industrie in Exportüberschüsse und Auslandsinvestitionen, wenn nicht in die Okkupation des Öffentlichen per Privatisierung.

Warum die ökonomischen Potentiale also nicht in die sozialwirtschaftlichen Dienste umlenken? Die Kapitalsteuer rührt dabei in der Tat an einen „Knotenpunkt der Systemverhältnisse“ (Müller 2018b). Sie ist insofern etwas völlig anderes als eine „Umverteilung“. Das Postulat wird daher, wie bei jedem entsprechenden Streit seit 1867, entschiedene Gegner auf Seiten der akkomodierten Wissenschaften auf den Plan rufen. Jedoch scheint eben dieser Eingriff geeignet, die gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten beträchtlich zu erweitern.

3. Zur Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

3.1 Entschuldung des Staats und contra Privatisierung des Öffentlichen

Einer der ersten Programmpunkte einer konsequenten „Politik des Sozialen“ oder gesellschaftlicher Emanzipation wäre die Forderung beziehungsweise Einführung einer Kapital(transfer)steuer und deren volkswirtschaftlich proportionale und soziale Neujustierung zusammen mit den Einkommensteuern: Man könnte es eine regelrechte „Fiskalrevolution“ nennen (vgl. Goldscheid 1976: 280; Piketty 2014: 662).

Es wäre ein längst überfälliger Grundschrift zur Wiedererlangung der fiskalischen Handlungsfähigkeit und Ermächtigung des Sozialstaates: Wie gezeigt, liegt in der grundsätzlichen Fehlstellung des heutigen, einkommensorientierten Steuersystems ein wesentlicher Grund für die chronische Staatsverschuldung und die im „Weiter so“ niemals behebbaren Mangelzustände oder fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten des Öffentlichen.

Es ist dabei notwendig, über den Horizont der liberalistischen wie keynesianischen, das heißt im Prinzip kapitalökonomischen Kategorien und Konzepte hinauszugehen. So kann endlich eine tragfähige Antwort auf die Frage gefunden werden, was die „aufgelaufenen Investitionsrückstände von ca. 120 Milliarden“, die „Ursache des skandalösen Verfalls unserer Infrastruktur“ (Flassbeck 2018: 361) bedeuten und wie grundsätzlich Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Keynesianer meint dazu: „Mit einer wachsenden Volkswirtschaft gehen daher in der Regel eben auch steigende Staatschulden einher. Problematisch ist daran per se absolut nichts.“ (Flassbeck 2018: 267). Das ist allerdings durchaus systemaffin, in der Verallgemeinerung zu einfach und nimmt nur die Antwort vorweg, wie denn die dann angeforderten öffentlichen Investitionen und die „Daseinsvorsorge“ von Staats wegen gewähr-

leistet werden sollen: Gewiss durch mehr Schulden, indem „alle Schuldenbremsen“ sofort gelöst werden (Flassbeck 2018: 267, 354, 360).⁹

Auf diese Weise möchte man den Kapitalismus in seinem prekären, „finalisierenden Aggregatzustand“ (Müller 2015: 450 ff.) wieder in eine sozialstaatlich moderierte Form bringen und so vor dem neoliberalen Furor retten. Weiterweisend ist dabei die Idee von einer „Renaissance des Staates“. Aber diese dürfte - ohne eine einschneidende Steuer- und Finanzreform, die gegen die Staatsverschuldung und so auch gegen die Übermacht und die Spekulationen der internationalen Finanzwelt angeht - auf eine noch verschärfte „Krise des Steuerstaats“ (Schumpeter 1976) hinauslaufen.

Für den vorliegenden Diskussionszusammenhang ist von besonderem Interesse, dass die Autoren die „Privatisierung“ des Öffentlichen als „Irrweg“ ansehen. Es soll das breite Spektrum jener Daseinsvorsorge und sollen gesellschaftliche Infrastrukturen „zukünftig ganz überwiegend und unmittelbar von öffentlich-rechtlichen Organisationen übernommen werden“, die „nicht nach dem Profitprinzip gesteuert werden dürfen“ (Flassbeck / Steinhardt 2018: 362).¹⁰

In der Tat ist die Privatisierung des Öffentlichen bzw. der sozialwirtschaftlichen Dienste ein regelrechtes „Schlachtfeld“ der gesellschaftlichen Auseinandersetzung (Steinhardt 2017) und zentrales Element der sozialökonomischen Krise: Die adäquate Grundverfassung jener ist, abgesehen von praktisch möglichen und im konkreten Fall auch nützlichen Mischformen, grundsätzlich nicht privat- oder kapitalwirtschaftlich, sondern gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich. Sie gehören unter sozialstaatliche, insofern auch kommunale Oberaufsicht und gegebenenfalls rekommunalisiert: Es geht bei ihnen prinzipiell „ums Ganze“ und nicht um marktgängige Leistungen.

Ein kapitalökonomischer Betrieb ist hier in menschlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht buchstäblich abartig. So rücken auch die „Defizite und begrenzten Vorteile“ öffentlich-privater Partnerschaften immer mehr in den Fokus der Kritik, etwa in einem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs Nr. 9/2018: Die vom gegängelten und kurzgehaltenen Sozial-

⁹ „Als Spätfolge der Finanzkrise sind die privaten und staatlichen Schulden in der Welt so hoch wie noch nie in der Geschichte“ und die steigenden Zinsen beschleunigen einen bevorstehenden „ökonomischen Wetterumschwung“ (SZ/Wirtschaft am 8. Oktober 2018).

¹⁰ Eine konstruktive Auseinandersetzung enthält mein Artikel „Standing an der Systemgrenze. Buchbesprechung zu H. Flassbeck / P. Steinhardt: 'Gescheiterte Globalisierung'“ (Müller 2019a).

staat nicht leistbaren Dienste werden gerne übernommen. Die „Effizienz“ des Betriebs misst sich dann jedoch an den Erfolgskriterien der Rationalisierung und Akkumulation, des Wachstums und der Expansion, was dem Sinn und Zweck dieser sozialen Praxen grundsätzlich widerspricht.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende der britischen Labour Party fand dafür treffende Worte: „Privatisierung und Outsourcing haben sich zu einer nationalen Katastrophe ausgewachsen“ und es kommt darauf an „dieser Gaunerei ein Ende zu bereiten.“ In der Tat braucht es einen „radikalen Plan“ gegen die „Schockdoktrin der freien Marktwirtschaft“ und „verheerende Einschnitte“, um die „öffentlichen Dienstleistungen wieder auszubauen“ und die Wirtschaft und Gesellschaft „für das 21. Jahrhundert um(zu)bauen und um(zu)gestalten“. (Corbyn 2018).¹¹

3.2 Das Sozialwirtschaftliche im Kontext gesellschaftlicher Praxis

Entscheidend ist, dass es sich bei den sozialwirtschaftlichen Diensten im strikten Sinne um eine eigene ökonomische Formbildung und darüber hinaus um eine Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Reproduktion handelt.¹² Diese „Form“ bildet die Einheit einer ansonsten nicht enden wollenden Varietät von wirklichen oder möglichen „öffentlichen“ Aufgaben. Die entsprechend Regulierungen, Interventionen, Subventionen, Institutionalitäten und Betriebe betreffen alle Bereiche der gesellschaftlichen Praxis.

Eine ausführlicheres Tableau erscheint mir an dieser Stelle notwendig, um einmal das Bild, das man sich von „der Wirtschaft“ macht, aus dem ideologischen Zerrspiegel des Wirtschaftsliberalismus herauszunehmen, zurecht zu rücken und damit schließlich Felder und Einsatzstellen einer Politik der sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation deutlicher zu benennen:

Es geht um Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege sowie Genderfragen; Schulwesen, berufliche Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung; Studium und Hochschulen; Wissenschaft und Forschung; Wehrwesen und Zivildienst; Gemeinschafts- und Freiwilligendienste aller Art; staatliche Regie, Verwaltung und Finanzwesen, gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen; Rechtspflege und Gerichtswesen.

¹¹ Ein entsprechendes, gleich nach dem Krieg vorgelegtes, konsequentes Programm skizziert Stephane Hessel in seiner Streitschrift „Empört Euch“ (Hessel 2011: 8).

¹² Persönliche Dienstleistungen wie auch die hauswirtschaftliche Reproduktion im Kontext der familialen Praxis bilden im Verhältnis zu den sozialwirtschaftlichen Diensten eigene Kategorien.

Dazu kommen Gestaltungsaufgaben aller wirtschaftlichen Bereiche, insbesondere des Geld-, Bank- und Finanzwesens, Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung sowie Gewerbe- und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Außenwirtschaft; Arbeitsverwaltung, Arbeitsförderung und berufliche Rehabilitation; Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, Versorgungswesen.

Auf lokaler Ebene geht es um kommunale Verwaltung und die Organisation lokaler Demokratie, öffentliche Sicherheit und Ordnung, kommunale Betriebe und Zweckverbände; Verbraucherdienste, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Umweltschutz; Mieterhilfen, Wohnungsbau und Stadterneuerung; Tierschutz, Natur- und Landschaftspflege; Mobilität und öffentlicher Verkehr, Straßenbau; Bildungsförderung, Medien, Kommunikationsinfrastruktur; Sportwesen und öffentliche Freizeit- und Erholungseinrichtungen; Kulturpflege für alle Sparten und Gruppen, Integrationsaufgaben; Umwelt- und Naturschutz.

Unabdingbar sind schließlich gesellschaftliche Notdienste; allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben von sozialen Hilfestellungen über Integrationsaufgaben bis zur Resozialisierung; allgemeine Gesundheitsversorgung, Krankenhauswesen, Psychosoziale Dienste; Rehabilitation behinderter Menschen, Selbsthilfeförderung; Seniorenförderung und -hilfen bis hin zu Wohnungen und Pflegeeinrichtungen; Ordnungs- und Integrationsaufgaben bezüglich Nationalitäten, Flüchtlingen und Minderheiten; alle möglichen internationalen Aufgaben und Hilfen.¹³

Die genannten Aspekte verweisen zusammen mit der nötigen finanzpolitischen Neuordnung des sozial-ökonomischen Wertehaushalts sehr konkret auf die „gesellschaftliche(n) Bedingtheit des öffentlichen Haushalts und seine die Gesellschaftsentwicklung bedingenden Funktion“ (Goldscheid 1976: 254 f.), zugleich auch auf das Element sozialen Schwachsinn in der neoliberalen Doktrin und auf Denkschranken im Keynesianismus.

3.3 Sozial-politische Ansatzpunkte und Grundorientierung

Die Probleme der sozial- und rechtsstaatlichen Institutionen und darauf verwiesenen sozialwirtschaftlichen Praxen machen sich auf allen Gebieten

¹³ Dieses praxiswissenschaftlich reflektierte, umgreifende und geordnete Tableau geht zurück auf den von mir 1986-2010 für die Stadt Nürnberg verfassten „Stadtwegweiser“, in letzter Druckauflage 2010 (886 S.). Dessen Gesamtsystematik siehe unter http://www.praxisphilosophie.de/sozial_atlas.pdf.

bemerkbar, ganz besonders auf der kommunalen Ebene und im Alltagsleben. Doch konzentriert sich die persönliche oder mediale Aufmerksamkeit meist auf einzelne, akute Aspekte, so dass der innere Zusammenhang und die ökonomisch-politischen Wurzeln nicht in den Blick kommen.

Immerhin sollte durch den Blick auf die fundamentale Steuerproblematik, den Sozialstaat im latenzhaltigen Sozialkapitalismus und die Rolle der sozialwirtschaftlichen Dienste eine Grundlage für die weitere Erforschung der Lage und für die Diskussion über Handlungsansätze geschaffen sein. Wie das vorstehende Tableau dazu anregen kann, mögen einige Schlaglichter verdeutlichen:

Es geht um ein Ausfegen der kapitalwirtschaftlichen Vereinnahmung sozialstaatlicher Institutionen und Leistungen, um einen wissensbasierten, wirkmächtigen Rechts- und Sozialstaat an der Spitze, mit gesellschaftlich geteilter Verantwortung und einer demokratischen Infrastruktur; um weit gehende Regulierungen des Geld- und Finanzwesens, eine Kapitalsteuer und soziale Neujustierung des Steuersystems, die Sicherstellung der Steuererhebung und der Betriebsprüfungen; um die Entwicklung partizipativer und gesellschaftlich verantwortlicher Formen von Eigentum und Gemeinwirtschaft; um gemeinwohlorientierte Marktordnungen, um die Beendigung der Vorzugsstellung kapitalintensiver Betriebe auch durch die direkte Besteuerung des Kapitals, einen Schlussstrich unter die Massentierhaltung und andere agrarindustrielle Perversionen; um eine allgemeine sozialwirtschaftliche Basierung der Rente und des Gesundheitswesens; um eine wesentliche Stärkung der rechtlichen und finanzpolitischen Rolle der kommunalen Selbstverwaltung; um entschiedene lebensmittel- und produktpolitische Interventionen; um eine Bodenreform und einen massive Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, um den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie des nationalen Bahnnetzes mit niedrigen Nutzungsbeiträgen; um die Beendigung der mangelhaften Personalausstattung und im Verhältnis zur Industriewirtschaft chronisch disparitätischen Einkommen in Bereichen wie Kindeswohl, Erziehung, Schule, Bildung, Gesundheit, Sozialarbeit, nicht zuletzt Seniorendienste und Pflege; um den Ausbau von informatischen, medialen und kommunikativen Institutionen, besonders von Social Media in öffentlicher Verantwortung; um eine Freisetzung gesellschaftlichen Wissens im Sinne Open Access und ein Ende korrumpierender Fremdfinanzierung der Wissenschaft und Forschung; um Beiträge in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste zur allseitigen Organisierung des Schutzes natürlicher Lebensgrundlagen, für eine nachhaltige Energetik und nötige ökologische Wende; schließlich überhaupt um die Behauptung der demokratischen nationalen

Souveränität des Gemeinwesens in einem gemeinsamen Kooperations- und Entwicklungsraum Europa und in der heutigen multipolaren Welt.

Das alles bleibt genauer zu erforschen, und mit einiger sozialen Phantasie kann entwickelt werden, was für Möglichkeiten sich auf der Grundlage der fiskalischen Ermächtigung des Steuer-, Rechts- und Sozialstaats, ganz besonders für entsprechend berechnete und ausgestattete Kommunen und die Bürger auf ihrem lokalen sozialen Experimentierfeld ergeben. Dabei sind alle Interventionen und Initiativen in der Perspektive individueller und gesellschaftlicher Emanzipation auch bestimmt nach Maßgabe des Produktivkraftniveaus und der Kräfteverhältnisse der je gegebenen Gesellschaft.¹⁴

3.4 Zur selbstbezüglichen Konstitution moderner Wirtschaftsgesellschaften

Eine weit reichende Schlussfolgerung ergibt sich schließlich daraus, dass die sozialwirtschaftlichen Dienste keinen potentiell internationalen Warenmarkt bedienen, sondern die Grundlagen oder das Gehäuse des stets sozialräumlich situierten Gemeinwesens erzeugen:

Daraus folgt, dass moderne Gesellschaften als wesentlich selbstbezügliche, nationalökonomische Reproduktionsformierungen konstituiert sind, wie immer sie als solche in größeren Wirtschaftsräumen oder mit der Weltökonomie verflochten sein mögen. Das Prinzip der nationalen Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmung des Souveräns (vgl. Wahl 2017) hat daher nicht nur juridische und ideelle Grundlagen, sondern ist auch sozioökonomisch fundiert.¹⁵

Die auf ihre Art internationalistische, kosmopolitische Tendenz der global ausreifenden Kapital- und Finanzwirtschaft widerspricht diesem Kern gesellschaftlicher Existenz oder droht ihn gar zu zersetzen. Von den Gipfeln ihrer technologisch-informatischen Wunderwerke und im Höhenrausch des Konsums gerät außer Sicht, wie talwärts „die Erde und der Arbeiter“ (MEW 23: 528 ff.) und nach und nach die Zukunft ruiniert werden. In dieser Grundsituation müssen die liberalistischen Doktrinen und Praktiken sogenannter freier Märkte zurückgewiesen werden. Ebenso liegt eine souveräne

¹⁴ Das Mögliche und Sinnvolle muss je konkret eruiert werden, wie die Diskussionen über „Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit“ zeigen (Butterwegge 2007).

¹⁵ Damit ist auch ein Ausgangs- und Haltepunkt für die Diskussion über den Charakter und die Zukunft der Europäischen Union gegeben. Eine schöne Losung dazu lautet: „Europäische Union: Nicht ohne meine Nation“ (Streck 2017).

finanz- und außenwirtschaftlichen Regulierung in gesellschaftlichem Interesse und ist unabdingbar.

Das geschichtlich Mögliche liegt im Horizont einer relativen Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im kapitalistischen Weltsystem, dies auf dem Weg einer Geburtshilfe und Ausfaltung der darin noch mehr oder weniger latent angelegten Alternative. Damit ist einer Politik des Sozialen und einer politisch-ökonomisch basierten gesellschaftlichen Emanzipation der nächstliegende Bezugsrahmen und eine hinreichend konkrete, vertrauenswürdige Grundorientierung gegeben.

Schlussbemerkungen

Die Untersuchungen über das Steuersystem, den Sozialstaat im Sozialkapitalismus, die Rolle des Öffentlichen und die Überlegungen zur inneren Dialektik und Zukunft der Gesellschaft zeigen, dass traditionelle fachliche Trennungen obsolet sind und es eines integralen praxiswissenschaftlichen Paradigmas bedarf (Müller 2018a). Auf dem Boden moderner „Übergangsgesellschaften“ sind Trennungen zwischen Staatswissenschaft, politischer Ökonomie und Soziologie oder auch Sozialpsychologie anachronistisch.

In diesem Zusammenhang muss sich eine Politik des Sozialen und der gesellschaftlichen Emanzipation auf ein neues wirtschaftstheoretisches Paradigma stützen. Das führt definitiv jenseits des werttheoretisch kenntnislosen und kapitalaffinen Liberalismus und eines auf halbem Wege abgebogenen Keynesianismus. Es geht um die Entwicklung des Paradigmas einer positiv orientierten und operativen Sozioökonomie, in der die traditionelle Kritik der politischen Ökonomie aufgehoben ist.

Das derart nötige Bündnis zwischen Wissenschaft und Politik und das skizzierte Tableau der Handlungsansätze zeigen beispielhaft, dass diejenigen Kräfte aus allen Feldern und Dimensionen der gesellschaftlichen Praxis zusammenfinden müssen, die sich positiv auf die latent vorkonfigurierte Systemalternative beziehen können. Dabei werden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit überlagert durch den Widerspruch zwischen der alten und der darin bereits andrängenden, möglichen, höheren gesellschaftlichen Praxisformierung. Die Kräfte auf die es ankommt können aber nicht zusammengehen und konsequent handeln, wenn jene nicht halbwegs konkret fassbar ist.

Literatur¹⁶

Bloch, Ernst (1977): Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bloch, Ernst (1978): Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie. In: Tendenz – Latenz – Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe, S. 194-209. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Butterwegge, Christoph (2007): Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 51-52, 2007. Aufruf: <http://www.bpb.de/apuz/30034/grundeinkommen-und-soziale-gerechtigkeit?p>

Europäischer Rechnungshof: Öffentlich-private Partnerschaften in der EU: Weitverbreitete Defizite und begrenzte Vorteile. Sonderbericht Nr. 09/2018. <https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=45153>.

Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018): Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin: Suhrkamp.

Fiehler, Fritz (2000): Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommens- theorie. Das Smith'sche Dogma. In: Marx' Ökonomiekritik im Kapital. Hamburg: Argument Verlag, S. 197-211.

Foundational Economy Collective: Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Suhrkamp, Berlin 2019.

Goldscheid, Rudolf (1976): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 253-316.

Hentschel, Armin / Hopfenmüller, Julian (2017): Der lokale Staat. Vier Pe- rioden der Soziogenese deutscher Städte. Marburg: Metropolis.

Hessel, Stephane (2011): Empört Euch. Berlin: Ullstein.

Hirsch, Joachim / Brüchert, Oliver/Krampe, Maria u. a. (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hrsg. von der AG links-netz. VSA, Hamburg.

Krüger, Stephan (2012): Keynes & Marx. Hamburg: VSA.

Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp: Frankfurt am Main.

¹⁶ Mit ergänzten und auch neu ins Blickfeld gekommenen Literaturhinweisen. Stand: 16. Juli 2019.

Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin (DDR): Dietz.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (MEW 25): Das Kapital. Dritter Band. MEW Bd. 25. Berlin (DDR): Dietz.

Marx, Karl (MEW 42): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW Bd. 42. Berlin 1983: Dietz.

Mattert, Jana u.a. (2017): Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. Aufruf unter <https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>

Müller, Eva (2005): Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hamburg: VSA.

Müller, Horst (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, 909-924. Aufruf: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>

Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt: Books on Demand. Nähere Informationen und Auszüge aus dem Hauptwerk unter https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm

Müller, Horst (2018a): Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Akel, Alexander / Novkovic, Dominik / (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Theorie. Kassel, S. 31-62. Aufruf der gesamten Publikation unter <https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/11013/KasselerPhilosSchriftenNF8.pdf?sequence=1&isAllowed=y>

Müller, Horst (2018b): Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch zur konkreten Systemalternative. In: Ernst-Bloch-Assoziation (Hg.): Der Zukunft auf der Spur - Transformation aus der Perspektive Ernst Blochs. Nürnberg: Antogo.

Müller, Horst (2019a): Standing an der Systemgrenze. Buchbesprechung zu H. Flassbeck / P. Steinhardt: 'Gescheiterte Globalisierung'. Aufruf unter <https://makroskop.eu/2019/04/standing-an-der-systemgrenze/>

Müller, Horst (2019b): Praxisphilosophen auf dem Streitfeld der politischen Philosophie und die nötige konstitutionstheoretische Fortentwicklung des Marxismus. In: VorSchein, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation Nr. 36. Nürnberg: Antogo (in Vorbereitung).

Müller, Horst (2019c): Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative. Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation. Als Beitrag zur PRAXIS-Diskussion Nr. 2/2019, Nürnberg 2019. Aufruf: https://www.praxisphilosophie.de/kapitalwirtschaft_oder_soziooekonomie_als_systemalternative.pdf

O'Connor, James (1974): Die Finanzkrise des Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ortner, Georg (2015): Wertschöpfungsabgabe: Eine Alternative zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Aufruf: <http://blog.arbeitswirtschaft.at/wertschoepfungsabgabe/>

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck; München.

Polanyi, Karl (1997): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2018): Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Freiburg/München: Karl Alber.

Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 329-379.

Sekera, June A. : The Public Economy in Crisis. A Call for a New Public Economics. Springer 2016. Aufruf der Buchanzeige: <https://www.springer.com/de/book/9783319404868>

Steinhardt, Paul (2017): Schlachtfeld Öffentliche Daseinsvorsorge. Bei Makroskop am 21.12.2017. Aufruf: <https://makroskop.eu/2017/12/schlachtfeld-oeffentliche-daseinsvorsorge/>

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Streeck, Wolfgang (2017): Europäische Union: Nicht ohne meine Nation. In: ZEIT ONLINE am 1. Mai 2017. Aufruf:

<http://www.zeit.de/2017/18/europaeische-union-nationalstaat-deutschland-neoliberalismus>

Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/2019, S. 93-105.

Van Laak, Dirk (2018): Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Wagner, Adolf (1984): Volkswirtschaftliche Aspekte einer Maschinensteuer. In: Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.): Maschinensteuer – Ausweg aus der Finanzkrise der Sozialversicherung? Köln: Heymanns Verlag, S. 89-129.

Wahl, Peter (2017): Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. Aufruf:

<https://www.praxisphilosophie.de/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus.pdf>

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia.

Wingert, Lutz: Kollektivgüter jenseits des Kapitalismus? In: Smail Rapić (Hrsg.), Jenseits des Kapitalismus. Freiburg: Karl Alber 2019.

Zusammenfassung

Die seit dem 20. Jahrhundert entfalteten sogenannten „Infrastrukturen“ oder „Kollektivgüter“ stellen die Grundlage oder das zivilisatorische Gehäuse moderner Gesellschaften dar. Sie bilden als „sozialwirtschaftliche Dienste“ eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion anders geartete, komplementäre ökonomische Formbildung.

Der Steuer-, Rechts- und Sozialstaat spielt eine zentrale und vermittelnde Rolle zwischen den bezeichneten ökonomischen Hauptabteilungen, die sich auch in hohen Staatsquoten ausdrückt. Somit bietet sich das Bild einer *dreigliedrigen* Konfiguration. Darin hat sich die Staatlichkeit von den höchsten Institutionen bis auf die Ebene der kommunal verfassten urbanen Praxis durchgehend ausgefaltet.

Diese Formierung eines Sozialkapitalismus hat sich über die industriekapitalistischen Verhältnisse hinaus entwickelt, die sich in den Marxschen Reproduktionsschemata ausdrücken. Diese bilden immer noch die wesentliche Grundlage marxistischer Politökonomie. Eine konkrete Systemalternative kann auf dieser Grundlage nie entwickelt werden. Derweil mangelt es den meisten Alternativstrebungen überhaupt an einer entsprechenden Fundierung. Um über alle Kritik und Wünschbares hinaus eine positive Perspektive zu gewinnen, muss neu angesetzt werden.

Dabei tritt zutage, inwiefern die industriewirtschaftliche Arbeit und Produktion als wertbildend und die sozialwirtschaftliche demgegenüber negativ, als Sozialkosten rangieren: Letztere müsste aufgrund ihrer heutigen Stellung aber ebenso als wertproduktiv und so als Vorleistung für die andere Seite gelten. Als eine Abgeltung öffentlicher Leistungen, um die Finanzierung des Öffentlichen zu ermöglichen, fungieren im Grunde die Steuern.

Die exakte Wert- und Reproduktionsanalyse ergibt, dass ein primär an Einkommen ansetzendes Steuersystem den nötigen sachlichen und wertlichen, vor allem investiven Transfer nicht leisten kann. Der tiefere Grund liegt in einer fundamentalen Fehldisposition der modernen Wirtschaftsrechnung, welche die Rolle des „konstanten Kapitals“ betrifft. Es bedarf infolgedessen einer Kapital(transfers)steuer und Neujustierung mit den Einkommensteuern, um den gesellschaftlichen Wertehaushalt durchsichtig und richtig zu stellen.

Es handelt sich dabei nicht nur um eine Umverteilung, sondern um einen Eingriff an einem Knotenpunkt der Systemverhältnisse und unmittelbar um die stimmige Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste. So ergibt

sich die Aussicht auf Folgewirkungen und Möglichkeiten, die zu erforschen sind. Dazu gehört in erster Linie die Einhegung oder Aufhebung des intrinsischen Akkumulations- und Wachstumszwangs der Kapitalwirtschaft.

Liberalistische oder auch keynesianische Denkansätze sind diesen Problemen und Aufgaben nicht gewachsen. Sie verfügen weder über eine eigentliche Theorie des ökonomischen Werts noch über die nötige utopistische Orientierung. Es bedarf daher einer dialektisch-logisch, praxisanalytisch befähigten Sozioökonomie, welche auch die marxistische politische Ökonomie in sich aufhebt und fortentwickelt:

Die anvisierte fiskalische Ermächtigung befreit den Staat aus der Schuldenfalle, ermöglicht eine Abkehr von austeritärer Sozialpolitik und eine paritätische Stellung und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste: Ein Feld berechtigter Arbeitnehmer- und Bürger-, Verbraucher- und Umweltinteressen. Dabei entspricht der ökonomischen Formbildung der Dienste eine gemeinwirtschaftliche Betriebsweise, während die kapitalwirtschaftliche prinzipiell abzulehnen ist.

Ein dazu entwickeltes, umgreifendes Tableau der öffentlichen, infrastrukturell-sozialwirtschaftlichen Aufgaben verdeutlicht deren Bedeutung und widerlegt die gewöhnliche Vorstellung von *Wirtschaft*. Es zeichnen sich konkrete Ansatzpunkte einer Politik ab, die besonders auf der lokalen, kommunalen Ebene des demokratischen Gemeinwesens wirken kann.

Dieses beruht wegen der Rolle der sozialwirtschaftlichen Dienste auf einer wesentlich selbstbezüglichen, nationalökonomischen Formierung, wie immer die Gesellschaft in größeren Wirtschaftsräumen oder auf widersprüchliche Weise mit der Weltökonomie verflochten sein mag. Das Prinzip nationaler Souveränität und demokratischer Selbstbestimmung des Souveräns ist daher nicht nur juridisch und ideell, sondern auch sozioökonomisch fundiert.

Das geschichtlich Mögliche in der eröffneten gesellschaftsgeschichtlichen Übergangsperiode liegt somit im Horizont einer relativen Konsolidierung der Wirtschafts- und Übergangsgesellschaften im kapitalistischen Weltssystem, dies auf dem Weg der Ausfaltung der sozialwirtschaftlichen Dienste und mit diesen der mehr oder auch weniger latent angelegten Alternative.

Die dafür entscheidenden sozialen Kräfte sind nicht einfach im Sinne einer Klassenstruktur formiert, sondern folglich diejenigen in *allen* Bereichen der gesellschaftlichen Praxis, die sich auf die sich abzeichnende, konkrete Alternative positiv beziehen. Damit sie sich finden, muss das Neue freilich hinreichend erkennbar sein.